

Die Politik der Kapitulation

von K. Murali (Ajith)

„Wir veröffentlichen hiermit erneut einen Artikel, den Genosse K. Murali (Ajith) Anfang dieses Jahres verfasst hat. Wir sind der Ansicht, dass die darin enthaltene Kritik an der verräterischen Politik der Kapitulation, wie sie von den Linien von Sonu und Devji vertreten wird, sowie die Klarheit, die er hinsichtlich der Relevanz des Naxalbari-Weges liefert, einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen die OLR-Linie (Opportunismus-Liquidationismus-Revisionismus) darstellen, die in den letzten Jahren innerhalb des revolutionären Lagers aufgetaucht ist.“ - Nazariya Magazine

Im Internet sind nun mehrere Interviews mit Devji, dem ehemaligen Mitglied des Politbüros der CPI (Maoist), verfügbar. Sie sind in Telugu und Hindi verfasst. Der Inhalt wurde auch in einem Interview wiedergegeben, das in der Ausgabe vom 14. März des „Indian Express“ (Mumbai) veröffentlicht wurde.

Devji behauptet, er habe sich nicht gestellt. Er sagt, er sei geschnappt worden, als er versuchte, sich aus dem Kampfgebiet zu entfernen. Daher handele es sich um eine Festnahme und nicht um eine Selbststellung. Diese Argumentation ist ziemlich zweifelhaft. Was ist mit der Annahme des Geldes, das die Regierung von Telangana den Kapitulierenden gewährt hat? Es gab auch das traurige Schauspiel, dass sie eine Erhöhung dieses Betrags forderten! Obwohl er nun zugibt, dass es ein Fehler war, ist allein die Tatsache, dass solche Gedanken überhaupt aufkamen, ziemlich aufschlussreich. Devji hat versucht, seine Festnahme/Kapitulation als etwas zu rechtfertigen, das im Interesse der revolutionären Bewegung getan wurde. Das Argument lautet wie folgt: Hätte er sich geweigert, das Kapitulationsangebot der Regierung anzunehmen, wäre er ins Gefängnis gesteckt worden. Dies hätte ihn von den Massen abgeschnitten. Das wäre schädlich gewesen, da seine aktive Präsenz benötigt wird, um die Bewegung wiederzubeleben und neu zu organisieren. Devji sagt, dass es zwar ethisch richtig gewesen wäre, ins Gefängnis zu gehen, seine Entscheidung angesichts der Krise, in der sich die Bewegung befand, jedoch angemessen gewesen sei. Ist das so?

Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass inhaftierte kommunistische Führer mit einfallsreichen Methoden die Einschränkungen des Gefängnisalltags überwinden und der Partei mit ihrem Rat zur Seite stehen. Gemessen an den demoralisierenden Auswirkungen einer Kapitulation auf die Reihen und die Massen sowie an dem damit verbundenen Schub für die feindliche Propaganda sind die durch die Inhaftierung auferlegten Einschränkungen minimal. Darüber hinaus ist die Weigerung, sich zu ergeben, in erster Linie eine Frage der politischen Haltung als kommunistischer Revolutionär. Die Ethik, angesichts von Folter, Todesdrohungen oder Inhaftierung standhaft zu bleiben, entspringt dieser Politik. Devji stellt einen falschen Gegensatz zwischen den moralischen Imperativen, die einen Maoisten in feindlicher Haft leiten sollten, und den Interessen der Bewegung her. Beide ergänzen sich, vorausgesetzt, wir sprechen immer noch von einer revolutionären Bewegung.

Devji hat erklärt, dass er unter den Menschen arbeiten und sie in ihren unmittelbaren und grundlegenden Anliegen mobilisieren werde. Dies wird auch als Beweis dafür angeführt, dass er nicht aufgegeben habe. Seiner Ansicht nach geben Menschen auf, um in ihr Privatleben zurückzukehren. Da er und seine Mitstreiter jedoch weiterhin als Aktivisten tätig sein werden, könne ihr Handeln nicht als Aufgeben gewertet werden. Ist das so?

Man betrachte das berühmte Beispiel des ehemaligen Gründungsmitglieds der CPI (M-L), Satyanarayan Singh. Nach der Aufhebung des Ausnahmezustands im Jahr 1977 ermutigte er Genossen, sich schriftlich zur Gewaltabkehr zu verpflichten, um aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Weder er noch viele derjenigen, die auf seinen Aufruf hin aus dem Gefängnis entlassen wurden, gaben ihre politische Tätigkeit auf. Dennoch wurde dies von jenen, die auf dem revolutionären Weg standhaft blieben, als Verrat angeprangert. **Gerade weil es bedeutete, vom Weg von Naxalbari abzukommen.** Was zählt, ist nicht der eigene Aktivismus oder dessen Fehlen, sondern

die Politik, die man vertritt.

Welche Politik wollen Devji und seine Mitstreiter also unterstützen? In einem schriftlichen Vorschlag an den Ministerpräsidenten von Telangana haben sie erklärt, *dass sie sich vollständig an den gesetzlichen Rahmen halten würden*, sollte das derzeit gegen die CPI (Maoist) verhängte Verbot aufgehoben werden. Sie machten zudem deutlich, dass sie unverzüglich *die Auflösung der People's Liberation Guerrilla Army (PLGA) vornehmen würden*, sollte die Partei als legale politische Einheit anerkannt werden. Mit seinen Worten: „**Der bewaffnete Kampf würde aufhören zu existieren.**“

Unterscheidet sich dies in irgendeiner Weise von der kapitulantenhaften Politik, die Sonu und Co. verfolgen? Devji hat versucht, eine Unterscheidung zu treffen. Er weist darauf hin, dass diese ihre Waffen abgegeben haben, er und diejenigen, die sich mit ihm festnehmen ließen oder sich ergaben, dies jedoch nicht getan haben. Sie wurden im Wald zurückgelassen. Das ist alles schön und gut. Aber wenn der bewaffnete Kampf als beendet erklärt wird, wenn die PLGA aufgelöst wird, wären sie ohnehin nutzlos gewesen. Offensichtlich ist diese Maßnahme, selbst wenn man ihm beim Wort nimmt, nichts weiter als eine vorübergehende Maßnahme. Der einzige Unterschied, den man sieht, ist seine Haltung zur Teilnahme an Parlamentswahlen. Er ist weiterhin der Ansicht, dass die grundlegenden Probleme, mit denen die Bevölkerung konfrontiert ist, nicht über den Weg der Parlamentswahlen gelöst werden können. Doch das wird relativiert – „unsere Haltung war bisher diese“. *Deutet dies darauf hin, dass sich auch das in Zukunft ändern könnte?* Das würde davon abhängen, was im vorgeschlagenen „**Revitalisierungsprojekt**“ als *hauptsächlich* angesehen wird. Wenn der Erlangung und dem Erhalt eines rechtlichen Status oberste Priorität eingeräumt wird, würde höchstwahrscheinlich eine Hinwendung zum Wahlweg folgen.

In der gegenwärtigen Situation strebt der brahmanische Hindutva-Faschismus aggressiv danach, sein Ziel der Errichtung eines Hindu-Rashtra zu verwirklichen. Wird die von der RSS geführte Zentralregierung der CPI (Maoist) ohne Weiteres den rechtlichen Status zuerkennen? Die Art und Weise, wie sie auf Forderungen nach Friedensgesprächen reagierte – mit der Ermordung von Basavaraj und vielen anderen Genossen und dem erbärmlichen Schauspiel, bei dem Sonu seine Waffe im Austausch gegen ein Exemplar der Verfassung von einem RSS-Mann übergab –, ist bezeichnend. Das faschistische Modi-Regime wird sich mit nichts weniger als der *totalen Unterwerfung* zufrieden geben. Sein Krieg zur Auslöschung der maoistischen Bewegung ist viel, viel mehr als nur eine Frage der Sicherung von Bergbaubetrieben für einen Adani oder einen Tata. *Er ist vor allem politisch.* Noch intensiver als die konterrevolutionären Kriege, die von früheren Regimes geführt wurden. Er wird von einer Ideologie angetrieben, die in unserem Kontext sowohl historisch als auch in der Gegenwart *äußerst reaktionär* ist. Der revolutionäre Kommunismus, wie er heute durch den Marxismus-Leninismus-Maoismus vertreten wird, ist sein *Erzfeind*. Er strebt dessen vollständige Vernichtung an.

Umgekehrt ist der Spielraum für „Aktivismus streng innerhalb des rechtlichen Rahmens“ bereits recht begrenzt, selbst für parlamentarische Parteien. Die Kongresspartei verfolgt zweifellos ihre eigenen Interessen in den Kapitulationsdramen, die sich in Telangana abspielen. Sie versucht, ein „menschliches“ Gesicht zu zeigen, im Gegensatz zu dem „blutrünstigen“, das die BJP an den Tag legt. *Das lässt Raum für Wunschenken darüber*, dass eine revolutionäre Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen *Legitimität* erlangen könnte. Doch dieser Spielraum ist begrenzt und vergänglich. Ihn zum Eckpfeiler der Anstrengungen zu machen, den gegenwärtigen Rückschlag zu überwinden, wäre kontraproduktiv. Was letztlich zählt, ist die von der RSS und den imperialistischen Mentoren geführte Zentralregierung.

Man muss dieses ganze „Verhaftung/Kapitulation“ Drama auch aus einem anderen Blickwinkel betrachten, nämlich aus dem Blickwinkel der Strategie des Feindes, die auf einen **Krieg geringer Intensität** der Konterrevolution abzielt. Warum hat die Modi-Regierung dem Kongress-Ministerium in Telangana gestattet, dies durchzuziehen, selbst im Fall von hoch gefahndeten Personen wie Devji? Hängt dies mit den durchwachsenen Ergebnissen ihres Vorstoßes gegen Sonu und Satish zusammen? Zwar versetzten sie der Bewegung in Dandakaranya einen schweren Schlag.

Doch im Rest des Landes scheiterte sie kläglich. *Nicht nur das, sie führte zu einer umfassenden Neubelebung der breiten Reihen von Sympathisanten und Aktivisten im ganzen Land.* Die Sonu/Satish-Clique wurde rundweg als Verräter verurteilt. Nun haben wir also anstelle dieser diskreditierten Gruppe eine Reihe „ehrllicher“ Führer. *Sie behaupten, sie hätten sich nicht ergeben, keine Waffen abgegeben und schwören weiterhin auf den Marxismus-Leninismus-Maoismus (MLM).* Und sie ziehen umher, um Unterstützung für ihr „legalistisches“ Projekt zu suchen. Die Aufgabe des bewaffneten Kampfes wird als taktische Maßnahme dargestellt, die notwendig ist, um den Rückschlag zu überwinden. Der Feind würde sicherlich den Wert dieses Pakets erkennen, um ideologische Verwirrung zu stiften und die Unterstützerbasis der maoistischen Bewegung *zu schwächen*. Ob man nun aufgrund fehlgeleiteter Vorstellungen von einer „Wiederbelebung“ der Bewegung unbewusst zum Werkzeug des Feindes wird oder sich bewusst auf dessen Seite schlägt – die Folgen der Verhaftung bzw. der Kapitulation von Devji und seinen Komplizen werden weitaus verhängnisvoller sein als die der Sonu/Satish-Clique. Der Hinweis auf die Möglichkeit einer bewussten Parteinahme für den Feind ist keine bloße Spekulation. Die Anwesenheit eines externen Agenten, der Devjis Antworten während des Interviews mit dem Sender TV9 lenkte, gab bereits Anlass zur Sorge. Nun gibt es Berichte darüber, dass er in Begleitung von Polizeibeamten seine inhaftierten Genossen besucht und sich intensiv bemüht hat, sie dazu zu bewegen, den bewaffneten Kampf aufzugeben.

Schließlich müssen wir auch diese Frage stellen: Welches Recht haben sie, solche Entscheidungen zu treffen, wie etwa die Öffnung der Partei und die Auflösung der PLGA? Es ist ein bekanntes Prinzip einer kommunistischen Partei, dass Mitglieder ihre Mitgliedschaft in dem Moment verlieren, in dem sie verhaftet oder vom Feind gefangen genommen werden. Diese kann wiederhergestellt werden, nachdem sie freigekommen sind, abhängig von ihrem Verhalten in der Haft. Devji und seine Mitstreiter bilden hier keine Ausnahme. Außerdem, und das ist das Wichtigste, sind ein Mitglied des Politbüros und vielleicht einige Mitglieder des Zentralkomitees in der Region Bihar-Jharkand noch immer aktiv. In Dandakaranya gibt es nach wie vor Enklaven des bewaffneten Kampfes. Wenn er Sonu und andere so scharf dafür kritisiert, den demokratischen Zentralismus verletzt zu haben, hätte er dann nicht diese harten Fakten berücksichtigen müssen, bevor er einseitige Erklärungen über die „Umwandlung der Partei in eine juristische Person“, die „Auflösung der PLGA“, die „Beendigung des bewaffneten Kampfes“ usw. abgab? Wie er selbst zugibt, stand dies nie auf der Tagesordnung der Komitee Sitzungen. Der ehemalige Sekretär, der Märtyrer Genosse Basavaraj, hatte einen ähnlichen Vorschlag von Sonu abgelehnt. Es stimmt, dass sich die Lage in Dandakaranya seitdem noch weiter verschlechtert hat. Doch das ist keine Rechtfertigung dafür, die revolutionäre Ausrichtung der Partei aufzugeben, den Naxalbari-Weg des bewaffneten Kampfes, der auf die Ergreifung der politischen Macht abzielt.

Erinnern wir uns an die Gründe, die uns dazu bewogen haben, diesen Weg einzuschlagen. Die Notwendigkeit bewaffneter Aktionen ergibt sich aus dem Wesen unserer Gesellschaft. Aus der rohen Gewalt, die in ihr allgegenwärtig ist, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Dies ist eine der konkreten Erscheinungsformen des Halbfeudalismus in unserem Land. Die Normen der bürgerlichen Demokratie – Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte, verantwortungsvolle Regierung usw. – sind eine Fassade, die die abscheuliche Präsenz kastenfeudaler Verhältnisse und Werte kaum verhüllt. Sobald ein Massenkampf beginnt, der ein lebenswichtiges Interesse der Ausbeuter in Frage stellt, treten die bewaffneten Schlägertrupps der lokalen Großgrundbesitzer, der in diesem Gebiet dominierenden politischen Partei der herrschenden Klasse oder die bewaffnete Macht des Staates mit aller Brutalität in Aktion. Dies ist in ländlichen Gebieten die Norm. Selbst in städtischen Zentren ist die „Rechtsstaatlichkeit“ etwas, das den besser gestellten Schichten der Mittelschicht und den Mitgliedern der ausbeuterischen Klassen vorbehalten ist. Die Massen sind sich dessen sehr wohl bewusst. Die Gewalt der herrschenden Klasse ist in ihrem Leben allgegenwärtig. Ihre bedrohliche Präsenz verstärkt sich, da die brahmanisch-hindutva-faschistischen Kräfte immer aggressiver werden. Die Agenda der Gewalt wird von den herrschenden Klassen vorgegeben. Wer sich für den revolutionären Weg entscheidet, muss damit rechnen.

Die Pioniere der von Naxalbari ins Leben gerufenen revolutionären Bewegung waren sich dieses wesentlichen Merkmals unserer Situation sehr wohl bewusst. Auch dieser Aspekt spielte bei ihrer Entscheidung für den Weg des langwierigen Volkskriegs eine Rolle. Die Führer des bewaffneten Kampfes in Telangana waren im Laufe dieses Kampfes zu dieser Erkenntnis gelangt. Es gelang ihnen, diesen Weg gegen die trotzkistische Sabotage durch Ranadive durchzusetzen. Doch es gelang ihnen nicht, trotz der überwältigenden Unterstützung der Basis und der Bestätigung durch die Praxis standhaft zu bleiben und diesen Weg konsequent weiterzugehen. Dieses negative Beispiel diente den Pionieren der neuen, maoistischen, revolutionären Bewegung in den 1960er Jahren sowohl als Warnung als auch als Lehre. Daher *wählten sie bewusst den Weg des langwierigen Volkskriegs*, fest verankert in der Klassenanalyse. Indien als halbkoloniales, halbfeudales Land. Die neudemokratische Revolution als Stufe der Revolution. Die Arbeiterklasse als führende Klasse und die Bauernschaft als Hauptkraft. Dies waren die wesentlichen Elemente, die ihre Entscheidung prägten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Hinwendung der Pioniere der neuen revolutionären Bewegung zum MLM nicht auf theoretischem Wissen beruhte. Sie wurde von der *festen Überzeugung getragen, dass der einzige Grund für ihre Existenz als Kommunisten darin bestand, die Revolution zu machen, um Ausbeutung und Unterdrückung zu beenden*. Eingebunden in die Massen hatten sie sich schon lange danach gesehnt, diese Aufgabe zu übernehmen. Deshalb scharten sie sich begeistert hinter die Führer, die sich gegen den Revisionismus der CPI stellten. Die Reihen warteten voller Erwartung auf entschlossene Schritte der Führung, um den revolutionären Weg einzuschlagen. Doch die Führer der neuen Partei, der CPI(M), unternahmen verzweifelte Versuche, die Reihen mit allen Mitteln von diesem Weg abzubringen. Hier erwies sich die ideologische Klarheit des MLM als *entscheidend*. Sie half den Revolutionären, die zentristische Tarnung der Neorevisionisten zu durchschauen. Sie half ihnen zu erkennen, dass nichts Geringeres als ein vollständiger Bruch ausreichen würde. **So wurde der Weg für Naxalbari frei.**

Daraus lässt sich für uns eine wichtige Lehre ziehen. Zuerst müssen wir uns unserer Berufung als Kommunisten bewusst werden – dem Volk zu dienen und die Fackelträger der Revolution zu sein. *Der Rückschlag, mit dem die maoistische revolutionäre Bewegung heute konfrontiert ist, erfordert zweifellos eine ernsthafte Analyse und die notwendigen Korrekturen.* Das Wichtigste und Vorrangige ist jedoch, auf dem revolutionären Weg standhaft zu bleiben.

von **K. Murali (Ajith)**